Niederschrift

über die

Bürgerversammlung am 22. Juli 2015, von 19.30 Uhr bis 21.15 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses Rheinfelden (Baden)

zum Thema "Rheinsteg"

Anwesend: als Vorsitzender: Eberhardt Klaus, Oberbürgermeister

ferner:

Hanspeter Schuler, Leiter Hauptamt
Udo Düssel, Leiter Stadtkämmerei
Wolfgang Lauer, Leiter Stadtbauamt
Tobias Obert, Leiter Tiefbauabteilung
Frank Miebach, Ingenieurbüro Miebach, Lohmar
Schweizer Martin, Schriftführer
Kaufmann Ralf, Schriftführer

Ca. 250 Bürgerinnen und Bürger

Nach der Begrüßung und Einführung in das Thema "Rheinsteg" durch den Vorsitzenden stellt Herr Miebach die Planung des Rheinsteges vor. Anschließend erläutert Herr Obert die Kosten des Projektes. Die Powerpointpräsentation über den Rheinsteg ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach den Vorträgen erfolgt die Diskussion:

Herr Benno Mühlhaupt, Gartenstr. 9, Rheinfelden, fragt an, ob die Betriebskosten bekannt seien. Müssen in 10 oder 20 Jahren weitere Investitionen getätigt werden?

Herr Günther Francesco, Rheinfelden, bemängelt, dass die Schulen und Kindergärten in einem schlechten Zustand seien. Die Toiletten stammen zum Teil aus dem Jahr 1969. Es gibt keinen ausreichenden Brandschutz. Fluchtwege wurden nicht gebaut. Das Geld sollte lieber in Schulen und Kindergärten investiert werden, statt in einen Steg.

Herr Klaus Treitz, Basler Straße 1, Rheinfelden, fragt an, wie lange und in welcher Höhe der Steg abgeschrieben werden soll.

Herr Düssel führt aus, dass mit einer Nettoabschreibung etwa 30.000 € jährlich erwirtschaftet werden können. Nach acht Jahren würden somit ca. 240.000 € als liquide Mittel für Investitionen zur Verfügung stehen. Bei einem Steg wird bei einem Abschreibungssatz von 2,5 % mit einer Abschreibungsdauer von 40 Jahren gerechnet.

Herr Miebach teilt mit, dass es sogenannte Ablöserichtlinien gäbe. Danach wird bei Stahlteilen mit einer Lebensdauer von 70 Jahren gerechnet. Bei Holzteilen beträgt die

Lebendsauer 60 Jahre. Jedoch könne die Haltbarkeit von Holz auch länger sein. Er verweist hierbei auf die Holzbrücke in Bad Säckingen, die aus dem 17. Jahrhundert stamme.

Hinsichtlich des Unterhalts von öffentlichen Gebäuden erläutert der Vorsitzende, dass es in der Stadt 141 öffentliche Gebäude gibt. Für diese wurde ein Sanierungskonzept entwickelt. Der Gemeinderat hat beschlossen, die laufenden Unterhaltungskosten der öffentlichen Gebäude von 1,7 Mio. € auf 2, 3 Mio. € jährlich anzuheben. Diese Gelder sind nur für Sanierungen fest gebunden. Mehr Geld sei auch kaum einzusetzen, weil gerade in Schulen und Kindergärten die einzelnen Maßnahmen nur in der Ferienzeit durchgeführt werden können. Außerdem sei auch die Kapazität der Firmen beschränkt. In der Vergangenheit wurde eindeutig zu wenig für Sanierungsmaßnahmen investiert. Die Fehler der Vorgänger sind zur Daueraufgabe der Stadt geworden. Die Stadt stellt sich den Sanierungen, will aber auch das andere Portfolio nicht vernachlässigen, so der Vorsitzende.

Frau Anita Jacob-Kippe, Kreisstraße 50, Rheinfelden-Herten, ist der Ansicht, dass man das Geld besser in die Straßensanierung einsetzen sollte. Teilweise seien die Straßen und Fußgängerwege in einem Zustand wie in der ehemaligen DDR.

Frau Martina Stenner, Warmbacher Straße 58, Rheinfelden, erkundigt sich nach der Rutschfestigkeit der Granitplatten, die für den Steg vorgesehen sind.

Herr Tobias Eichmann, Lenbachstraße 8, Rheinfelden, bezweifelt, dass die Leute über den Steg zum Einkaufen in die Schildgasse und mit schweren Einkaufstaschen von der Schildgasse über den Steg nach Hause gehen. Zum Einkaufen in der Schildgasse werden die Leute wohl das Auto nehmen.

Herr Obert führt aus, dass die Straßen und Gehwege größtenteils in Ordnung seien. Es gibt vereinzelt Nachholbedarf. Man habe seit letztem Jahr einen Straßenkontrolleur beschäftigt, der den Zustand der Straßen und Gehwege laufend beobachtet. Auch Gehwegabsenkungen wurden durchgeführt.

Herr Miebach teilt mit, dass die Granitplatten sandgestrahlt seien und somit eine relativ raue Oberfläche haben. Diese Granitplatten werden auch in Fußgängerzonen verwendet.

Der Vorsitzende betont die immer stärkeren Beziehungen zwischen den beiden Rheinfelden und hebt auf die Stärkung der gemeinsamen blau-grünen Stadtmitte durch den geplanten Steg ab. Der Steg bietet eine optimale Verbindung für Beschäftigte und Besucher der Gesundheits- und Reha-Einrichtungen auf der Schweizer Seite.

Der Weg über das neue Kraftwerk ist zu lang. Durch den Steg werde eine Verkürzung des Rheinuferrundweges erreicht. Rheinfelden möchte eine Stadt der kurzen Wege sein.

Herr Martin Kalt, Weiherstraße 20, Rheinfelden, weist darauf hin, dass zu einem Rundweg auch Toilettenanlagen und Restaurants gehören. Das sollte man ebenfalls mit berücksichtigen, wenn man einen Steg mit dem Rundweg kombiniert.

Herr Karl Völkle, Hauptstraße 16, Rheinfelden, verweist auf den Hertener Kreisel, der bislang nicht verwirklicht wurde.

Herr Alfred Bayer, Jahnstraße 2 a, Rheinfelden, ist der Ansicht, dass bei der Planung ein Risikozuschlag von 60 % zu machen sei. Er wollte wissen, ob ein Risikozuschlag bei der Planung der Stadt mit berücksichtigt wurde. Im Übrigen brauche er den Steg nicht.

Der Vorsitzende verweist auf das Sanierungsgebiet "Stadtmitte West" mit dem Zollgebäude, dem ehemaligen ED-Verwaltungsgebäude, das der städtischen Wohnbau gehöre. Auch um das Schloss Beuggen müsse sich die Stadt kümmern. Die Stadt könne jedoch nicht alles selbst finanzieren.

Er verweist auf die bereits zugesagten Zuschüsse für den Steg aus dem Agglomerationsprogramm bis 2018, aus dem Interregprogramm bis 2020 und aus der LGVFG-Förderung bis 2019. So eine Situation der Finanzierung werde man nicht mehr lange haben. Die Finanzierung des Steges ist gesichert.

Die Finanzierung des Hertener Kreisels ist Aufgabe des Bundes. Die Stadt wird nicht die Aufgabe des Bundes übernehmen, so der Vorsitzende.

Herr Miebach teilt mit, dass die Wettbewerbsjury auch die Seriosität der Kostenschätzung geprüft habe. Laut Herrn Miebach werden die Kosten für sehr realistisch gehalten. Bei einer Baukostenüberschreitung können laut HOAI-Vereinbarung Abzüge vom Honorar vorgenommen werden.

Der Vorsitzende gibt jedoch zu bedenken, dass man vor Veränderungen bei den Kosten jedoch nie ganz gefeit ist.

Herr Hans-Joachim Heßler, Am Hochgericht 41, Rheinfelden, appelliert an die Anwesenden im Hinblick auf das in 7 Jahren stattfindende 100 jährige Jubiläum der Stadt mit dem Steg ein Zeichen für die Bevölkerung zu setzen. Er weist darüber hinaus auf das in Warmbach bestehende Pflegeheim mit 150 Leuten hin, die auch kurze Wege über den Rhein benötigen. Die Verwaltung solle mit dem Steg voran gehen und dokumentieren, dass sich die Stadt weiterentwickelt hat.

Herr Konrad Becker, Rheinfelden, fragt an, wie sicher es für die Leute ist, die B 34 nördlich des Stegs zu überqueren.

Herr Ronald Apel, Hallwillstraße 4, Rheinfelden, fragt an, wie sicher die Förderung sei.

Herr Obert teilt Herrn Becker mit, dass täglich viele Leute von der Industrie her die B 34 überqueren. Bislang ist von Problemen diesbezüglich nichts bekannt.

In der Interreg-Förderung und der LGVFG-Förderung sei man drin. Diese Förderung ist sicher. Die exakte Zuschusshöhe steht erst fest, wenn die Detailplanung in Stuttgart und Brüssel vorgelegt wird. Es sei zwar sicher, dass der Brückenschlag über den Rhein gefördert werde, "aber wir bekommen kein goldenes Geländer", so Herr Obert.

Der Vorsitzende liest die entsprechenden Zusagen der Förderprogramme vor.

Die Interregmittel stehen ausschließlich für grenzüberschreitende Projekte zur Verfügung.

Herr Lohmann ist der Ansicht, dass nicht alles gefördert werde. Er verweist auf den letzten Satz des Antwortschreibens.

Herr Meinrad Buchkow, Rheinfelden-Warmbach, möchte, dass beide Rheinfelden zusammenwachsen. Er könnte sich auch noch eine Brücke in Warmbach vorstellen.

Frau Gabriele Birlin-Pflüger, Lörracherstr. 11, Rheinfelden-Degerfelden, führt aus, dass, wenn der Steg einmal gebaut ist, alle damit zufrieden sein werden.

Herr Benno Mülhaupt, Gartenstr. 9, Rheinfelden, fragt nach den Fixkosten des Steges. Das Ziel ein zentrales Feuerwehrhaus zu errichten, sollte eher verfolgt werden.

Der Vorsitzende führt aus, dass man eine zukunftsfähige, investitionsfreudige Stadt braucht. "Wenn wir die Stadt nicht verändern wollen, wird sie uninteressant. Die Konsequenzen werden langfristig zu spüren sein", so der Vorsitzende.

Das zentrale Feuerwehrgerätehaus stellt ein separates Projekt dar. Allerdings steht dazu noch eine zukunftsfähige Feuerwehrkonzeption aus.

Herr Michael Rietschle, Adelbergstraße 4, Rheinfelden, fragt an, wo die Wanderer parken, die über den Steg wollen. Gibt es statistische Erhebungen über die Nutzungshäufigkeit des alten Rheinsteges?

Der Vorsitzende erwidert, dass diese Leute nicht mit dem Auto kommen, sondern mit dem Fahrrad oder zu Fuß.

Er versichert, dass am Adelberg keine zusätzlichen öffentlichen Parkplätze entstehen werden, so auch seine Aussagen innerhalb der Diskussion zum Bebauungsplan.

Herr Wolfgang Hasselmann, Hardtstraße 65, Rheinfelden, ist dafür, dass die Bürger im Rahmen eines Bürgerentscheids über den Steg abstimmen sollen.

Herr Hans-Joachim Heßler, Am Hochgericht 41, Rheinfelden, plädiert für den Steg als Vorzeigeobjekt.

Ein Bürger aus Rheinfelden ist der Ansicht, dass ältere Leute diesen neuen Steg benötigen. Jetzt bekommt die Stadt die Zuschüsse.

Herr Konrad Ruhnau, Degerfelderstraße 23, Rheinfelden, führt aus, dass der Anteil der älteren Personen sich erhöhen wird. Man wird dann froh sein, wenn der Steg da ist.

Frau Ina Heidemann, In den Grundmatten 48, Rheinfelden, fragt an, ob die Baunebenkosten, Kosten für Gutachten und die Kosten für die Anbindung an die Untere Kanalstraße in den Kosten für den Steg mit enthalten sind und ob sich Rheinfelden (Schweiz) auch an diesen Kosten hälftig beteiligt. Gilt dies auch für eventuelle Baumehrkosten?

Der Vorsitzende erwidert hierzu, dass es bislang noch keine Verträge mit der Schweiz gibt. Es braucht zuerst einen Grundsatzbeschluss zur Realisierung des Projektes Rheinsteg.

Herr Obert ergänzt, dass es sich hierbei nur um die reinen Baukosten des Steges handelt. Eine Planung liegt nur für den Steg vor. Dies ist Beschlusslage des Gemeinderats. Die Kosten für ein Wegekonzept sind nicht mit enthalten.

Herr Heinrich Maurer, Hertener Str. 6, Rheinfelden, ist der Ansicht, dass die Zuschüsse ebenfalls aus Steuergeldern finanziert werden.

Herr Klaus Hahner, Hebelstraße 11, Rheinfelden, befürwortet den geplanten Steg.

Herr Peter Scholer, Rheinfelden (Schweiz), Präsident der IG Pro Steg, weist darauf hin, dass auch auf Schweizer Seite kritische Stimmen zum Steg diskutiert werden, aber er fordert zu einem mutigen Voranschreiten auf.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Bund und Land Gelder für den Steg zur Verfügung stellen. Diese Mittel sind zweckgebunden. Auch die Fördergelder aus dem Interregprogramm für grenzüberschreitende Projekte sind zweckgebunden und nicht anderswo einsetzbar.

Auf Anfrage eines weiteren Bürgers aus Rheinfelden erwidert der Vorsitzende, dass man sich um ein weiteres Sanierungsgebiet in Herten bemühen werde, wenn das Sanierungsgebiet "Stadtmitte Ost" abgeschlossen ist.

Herr Martin Kalt, Rheinfelden, ist der Meinung, dass der neue Steg und der Übergang beim Kraftwerk in den Rheinuferrundweg in Rheinfelden eingebunden werden können. Er befürwortet den neuen Steg.

Frau Nicole Luczak, Blümleackerweg 9, Rheinfelden, plädiert für die Durchführung einer Bürgerbefragung, obwohl sie selbst dagegen ist.

Herr Wolfgang Bocks, Lenbachstraße 7, Rheinfelden, erinnert daran, dass der alte Steg 112 Jahre bestand und der neue Steg nur als Ersatz anzusehen sei. Der Steg geht nicht auf Kosten der Sanierung von Schulen und Kindergarten

Herr Manfred Schönith, Zollstraße 13, möchte den Unterschied zwischen Investitionshaushalt und Ergebnishaushalt erklärt haben.

Der Vorsitzende führt aus, dass der Kernhaushalt (Ergebnishaushalt) über die Umlagen z.B. Steuern, Gebühren, Beiträge, finanziert wird. Der Investitionshaushalt wird aus den erwirtschafteten Mitteln der Vorjahre finanziert.

Herr Düssel bestätigt die Aussagen des Vorsitzenden. Die Stadt verfüge derzeit über 18 Mio Euro flüssige Mittel aus den letzten 6 Jahren. Er betont, dass man den Steg zum heutigen Zeitpunkt so günstig wie noch nie finanziert bekommt.

Herr Stefan Hunzinger, Hugenweg 41, Rheinfelden, möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, der Steg sei mehr wert als ein Kindergarten und eine Schule.

Herr Argast Rolf, Friedsrichstraße 8, Rheinfelden, ist der Ansicht, dass Brücken verbinden. Man sollte sich auf den neuen Steg freuen, denn die ganze Bevölkerung partizipiert davon. Die Fördergelder sollten ausgenutzt werden, denn so günstig komme man nicht mehr zu einem solchen Bauwerk.

Frau Frieda Treitz, Basler Straße 1, Rheinfelden, ist der Meinung, dass die Kraftwerksbetriebe einen nennenswerten Beitrag zum Steg beisteuern sollten.

Der Vorsitzende erwidert, dass die Kraftwerksbetreiber bereits einen nicht unerheblichen Beitrag durch die Herstellung des Fischaufstiegsgewässers und weiteren Ausgleichsflächen geleistet haben.

Frau Ina Heidemann, In den Grundmatten 48, Rheinfelden, möchte wissen, ob für die erarbeitete Prioritätenliste aus Colmar die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 18 Mio € ausreichen.

Der Vorsitzende erklärt daraufhin die Prioritätenliste (gestaffelt nach Priorität 1,2 und 3 mit der Zeitschiene bis 2020) und verweist darauf, dass die Mittel für alle Projekte dafür nicht ausreichen werden. Es macht daher Sinn das Projekt Rheinsteg jetzt anzugehen. Die Stadt sei nicht Nachlassverwalter, sondern Projektentwickler für ein attraktives Rheinfelden.

Der Vorsitzende schließt die Bürgerversammlung um 21.15 Uhr.

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

Der Vorsitzende:

Oberbürgermeister

Die Schriftführer:

Kaufmann / Schweizer

Coleman